

Obwaldner Volksfreund.

Abonnement

(Bei sämtlichen Post-Bureaux.)

Jährlich (franko durch die ganze Schweiz) . . . Fr. 4. —
Halbjährlich " 2. 10
Bei der Expedition abgeholt jährlich " 3. 80
" " " halbjährlich " 2. —

N^o. 33.

Erscheint jeden Samstag vormittags.

Einrückungsgebühr

Die einspaltige Petitzelle oder deren Raum . . . 10 Rp.,
Bei Wiederholungen 8 "
Die zweispaltige Petitzelle oder deren Raum . . . 20 "
Bei Wiederholungen 16 "

Sarnen, 1894.

18. August.

24. Jahrgang.

Inserate von Auswärts nehmen für uns entgegen die Annoncen-Expeditionen der Herren **Gaasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und Orell Füssli & Cie.** in Bern, Zürich, Luzern, Basel, Lausanne, Genf, Berlin, Leipzig, Dresden, München, Hamburg, Frankfurt a./M., Straßburg und Wien.

Der 12. August 1894

bildet für alle Zukunft ein markantes Datum in der Geschichte der schweizerischen konservativen Partei. Eine solche Versammlung hat diese Partei wohl noch nie erlebt wie diejenige vom letzten Sonntag. Wenigstens wir erinnern uns an keine solche. Es wurde nicht nur der Grundstein gelegt für eine die ganze Schweiz umfassende Organisation dieser Partei, sondern es wurde diese Parteiorganisation geschaffen und damit das Ziel Jahrzehnte langen Strebens glücklich erreicht. Nun bilden die Katholiken des ganzen Schweizerlandes, nicht nur vermöge ihrer Grundsätze und Bestrebungen, sondern auch vermöge ihres festen äußern Zusammenhanges eine starke und geschlossene Partei. Den Wert dieser Tatsache schlagen wir hoch an. Wenn wir auch nie zu den schroffen und ausschließlichen Parteimännern gehört haben und nie zu ihnen gehören werden, so wissen wir doch, daß alle Bestrebungen der Schweizerkatholiken nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie einig, entschlossen und geschlossen vorgehen. Wollten wir gegenüber einem stets mächtigen und nur zu häufig gewalttätigen und übermütigen Gegner unsere Kräfte zersplittern, so würden wir damit unser Schicksal besiegeln. Niemand mahnt uns nachdrücklicher zur Eintracht und warnt uns mit größerer Entschiedenheit vor allem Zwiespalt im eigenen Lager als der unsterbliche, gotterleuchtete Mann, der gegenwärtig auf St. Petri Stuhl sitzt.

Der konservative Parteitag, zu welchem der Präsident der katholischen Gruppe der Bundesversammlung, Landammann Muheim, die Abgeordneten unserer Partei auf den letzten Sonntag ins katholische Vereinshaus nach Luzern entboten hatte, vertrat wirklich die ganze katholische Schweiz. Nicht nur das Zentrum, Luzern, die Urkantone und Zug, sondern auch die Peripherie, die Ufer des Genfer- und des Bodens, des Luganer- und des Langensees, das Rhonenthal, Alt- und Neuchâtel und der Jura hatten ihre Vertreter entsandt. Schon das war viel wert, daß diese Männer überhaupt zusammengekommen sind und ihre Ansichten wechselseitig ausgetauscht haben. Schreiber dieser Zeilen steht dem parlamentarischen Leben fern. Es war das erste Mal, daß er einer solchen politischen Versammlung beiwohnte. Sie hat auf ihn einen außerordentlich günstigen Eindruck gemacht und ihn in der Ueberzeugung befestigt, daß wir Schweizerkatholiken eine Macht bilden, wenn wir treu und fest zusammenstehen.

Landammann Muheim erhebt sich, um in gehaltvoller, ächt staatsmännischer Rede der Versammlung seinen Gruß zu entbieten. Da kann man auch sagen, was wir vor zwei Wochen vom Herrn Rektor in Sarnen sagten: Eine Prachtsfigur, jeder Zoll ein Landammann. Er legt dar, was dazu geführt habe, die heutige Versammlung einzuberufen. Er betont die hohe Wünschbarkeit einer festen Parteiorganisation. Wenn auch im Schooße der Partei selbst in mancher Hinsicht verschiedene Strömungen sich geltend machen, so lasse sich doch sicher in wesentlichen Zielpunkten und in wichtigen Fragen ein geschlossenes Vorgehen erreichen. Jahre und Jahrzehnte lang habe man nach diesem Ziele gerungen. Wenn dasselbe nun heute erreicht oder auch nur wesentlich gefördert werde, so dürfen wir uns mit Recht freuen; denn dann werde dieser Tag nicht nur unserer Partei zur Kräftigung, sondern auch dem Vaterland zum Wohle gereichen. Zum

Tagespräsidenten wurde einstimmig Ständerat Muheim und zu Stimmenzählern Nationalrat Dr. Ming von Sarnen und Fürsprecher Dr. Hohenstein von St. Gallen gewählt. Der gewandten und taktfesten Präsidialleitung ist es vorzüglich zu verdanken, daß die Verhandlungen sich so prompt und glücklich abwickelten.

Ueber den Statutenentwurf referierte Publizist Augustin in Bern, der ihn auch verfaßt hatte. Einer längern Diskussion rief nur die Frage über die Bezeichnung der Partei. Der Entwurf nannte sie „konservative Partei der Schweiz“. Von anderer Seite wurde vorgeschlagen, sie „konservativ-katholische Partei“ oder „konservativ-demokratische Partei“ oder „katholische Volkspartei“ zu nennen. Letzterer Antrag siegte. Die Partei wurde also getauft als „katholische Volkspartei der Schweiz“. Wir halten die Bezeichnung keineswegs für das Wesentlichste. Der gewählte Name ist an und für sich richtig und zutreffend. Denn katholisch wollen wir sein und eine Volkspartei wollen wir auch bilden. Dagegen bedauern wir, daß die alte, historische, mit den Ueberlieferungen und Bestrebungen unserer Partei verwachsene Bezeichnung „konservativ“ in den Titel keine Aufnahme gefunden und daß Schreiber dieser Zeilen, der sich mit Wärme in diesem Sinne ausgesprochen hat, von den Vielen, die mit ihm einverstanden waren, nicht nachdrücklicher unterstützt wurde. Es wäre damit auch der föderalistische Gedanke, den wir unter allen Umständen betont wissen möchten, zum Ausdruck gekommen. Es wird das aber zweifellos im Parteiprogramm geschehen, von dem wir annehmen, daß es vom Komitee ausgearbeitet und einer spätern Versammlung vorgelegt werde. Im Weiteren notieren wir aus den Statuten, daß die Parteiversammlung sich zusammensetzt aus den sämtlichen Mitgliedern der katholischen Fraktion der Bundesversammlung, aus Delegierten der kantonalen Parteiverbände, je Einer auf 2000 Parteiangehörige, aus Vertretern der interkantonalen Vereine: Piusverein, Männer- und Arbeitervereine und Schweizerischer Studentenverein. An der Spitze der Partei steht ein Komitee. Dasselbe besteht aus dem Komitee der katholischen Fraktion der Bundesversammlung und zehn weiteren Mitgliedern. Unter Letztern wurde einstimmig als erstes Mitglied und als Vertreter beider Unterwalden gewählt Landammann Wirz. Präsident ist der jeweilige Präsident der katholischen Fraktion der Bundesversammlung. Wenigstens alle zwei Jahr findet ein ordentlicher Parteitag statt. Zeit und Ort bestimmt das Komitee. Zweifelsohne wird sich früher oder später daraus von Zeit zu Zeit ein eigentlicher katholischer Volkstag gestalten.

Den größten Teil der Zeit beanspruchte die Verhandlung über die Zollinitiative. Die Referenten, Staatsrat Theraulaz von Freiburg und Schultheiß Schobinger von Luzern, beleuchteten die Frage in vorzüglichen Voten und beantragten, es solle sich die heutige Versammlung für die Zollinitiative aussprechen und den Parteigenossen die Annahme derselben empfehlen. Diesem Antrag opponierten Nationalrat Staub aus Gossau, Redaktor Baumberger von St. Gallen und Kirchenratspräsident Wild von Frauenfeld. Die Referenten wurden unterstützt von Nationalrat Hochstrasser von Willisau, Nationalrat Dr. Schmid von Altdorf, alt Staatsratspräsident Respini aus dem Tessin, Fürsprecher Dr. Feigenwinter von Basel, Großrat Folletete von Bruntrut und Professor Dr. Beck von Freiburg. Der Raum verbietet uns, auf die außerordent-

lich interessante Diskussion näher einzutreten. Die Opponenten machten hauptsächlich geltend, daß es sich hier um eine Finanzfrage, nicht um eine eigentlich politische Frage handle. Der Kanton St. Gallen befinde sich wegen dem Rheindurchstich in einer ganz eigentümlichen Lage. Wenn unsere Partei zur Frage Stellung nehme, so könne das in andern Kreisen der Annahme eher Schaden. Das Initiativbegehren hätte in einer Weise abgefaßt werden sollen, daß dadurch nicht die dermaligen hohen Zölle festgenagelt werden. Die Freunde der Zollinitiative betonten, daß es sich sehr übel ausnehmen würde, wenn der Parteitag auseinanderginge, ohne über diese brennende Tagesfrage sich ausgesprochen zu haben. Die Würfel seien gefallen; denn jetzt könne man nicht mehr darüber verhandeln, ob die Fassung der Initiative zweckmäßig sei oder nicht. Sie komme nun so zur Abstimmung, wie sie vorliege. Der ihr zu Grunde liegende Gedanke eines Finanzausgleiches zwischen Bund und Kantonen sei jedenfalls vollberechtigt. Warum sollten wir nicht dazu helfen, die Finanzkraft der Kantone zu stärken? Der Bund werde dadurch keineswegs geschwächt. Von Festnagelung der dermaligen Zölle sei keine Rede. Das Volk und namentlich der gedrückte Bauernstand verlangen, daß der Geldverschleuderung Schranken gesetzt werden. Diesen berechtigten Standpunkt des Bauernbundes sollen wir unterstützen. Landammann Wirz betonte, daß man die Behandlung, welche 67,000 Schweizerbürger, die von einem verfassungsmäßigen Volksrechte Gebrauch machten, in amtlichen Aktenstücken und auf Festtribünen von hochgestellter Seite erfahren mußten, nicht stillschweigend hinnehmen könne. Dagegen müsse man protestieren. Der richtige Protest liege in einer entschiedenen Stellungnahme für die Zollinitiative. Im Weiteren beantragt Redner, die Aufnahme eines Beisatzes in den Antrag der Referenten im Sinne einer energischen Verwahrung gegen die den Initianten widerfahrere Behandlungsweise. Mit stark vier Fünftel Stimmen wird der Antrag der Referenten und dann einstimmig derjenige von Ständerat Wirz angenommen. Die Versammlung hat sich damit entschieden für die Zollinitiative, aber nicht dahin ausgesprochen, daß diejenigen, welche nicht dafür stimmen, vom Parteiverbande ausgeschlossen seien. Die ungemein ruhige, sachliche, erschöpfende und redegewandte Diskussion würde sicher in den weitesten Kreisen die günstigste Wirkung ausgeübt haben und von diesem Standpunkt aus bedauerten wir es, daß für dieses Traktandum den Vertretern der gegnerischen Presse der Zutritt nicht gestattet war.

Redaktor Baumberger betonte, man solle ja nicht glauben, daß nun ein Riß in der Partei entstehe und daß die St. Galler sich überhaupt von ihren Parteigenossen in der übrigen Schweiz trennen, auch wenn sie in dieser Frage die Stimmunggebung frei lassen und nicht zur Parteifrage machen sollten, worüber der Entscheid der kantonalen Parteileitung vorbehalten bleibe. Im Weiteren stellt Redner den Antrag, es solle das Referendum gegen das Bundesgesetz über das Gesandtschaftswesen ergriffen werden. Dieser Antrag wird unter stürmischem Beifall einstimmig zum Beschluß erhoben. Das war der Tag von Luzern. Es war ein prächtiger Sonntag und Sonntag. Die Augustsonne hat eine fruchtbare Aehre zur Reife gebracht.